

Aufstand der Randständigen

Dörfer in Not: Staatshilfen für die Starken schwächen die Schwachen – das muss sich ändern

JOCHEN BÖLSCHKE

Mehr denn je bedrohen Abwanderung und Verödung weite Teile des ländlichen Raums. Doch allmählich bildet sich eine neue Lobby, die gegen die Bevorzugung der Metropolen kämpft, beobachtet Spiegel-Redakteur Jochen Bölsche.

Wenn Gerd Goebel, 60, im Fernsehen „die hochnäsigen und arroganten Typen in Berlin“ sieht, dann wird ihm „richtig schlecht“. Denn von den Bundespolitikern fühlt sich der Bürgermeister von Tiftlingerode „verlassen, verraten und verkauft“.

Was hatte sich Goebel nicht alles einfallen lassen, um seinem kleinen südniedersächsischen Dorf das Schicksal vieler anderer Orte abseits der Ballungszentren zu ersparen: Geburtenrückgang, Abwanderung, Überalterung, Verfall.

„Tausend für Tiftlingerode!“ – diesen Aufruf zur Einwohneranwerbung verfasste Goebel 2002, als das Dorf am einstigen Todesstreifen gerade 984 Seelen zählte. Der Bürgermeister ließ Spielplätze renovieren, versprach jungen Paaren Babyprämien, dazu kostenlose Lottoscheine und Leihwagen, Zoobesuche und allmorgendlich knackfrische Brötchen. Das Kalkül ging auf, im April 2005 konnte Goebel einen Sechsjährigen namens Till, der mit seinen Eltern zugezogen war, als tausendsten Einwohner begrüßen. Der Bürgermeister pflanzte auf dem Schulhof, dem Knaben zu Ehren, eine „Tilly-Eiche“. Die Presse lobte „Niedersachsens kinderfreundlichstes Dorf“ (Hamburger Abendblatt). Bundespräsident Horst Köhler stellte den kreativen Kommunalpolitiker in einer Festrede vor dem Deutschen Städtetag als strahlendes Beispiel hin. Und sogar koreanische und peruanische Fernsehsender berichteten aus Tiftlingerode, Germany.

Mittlerweile hat das Musterdorf in aller Stille die Tausendergrenze zum zweiten Mal überschritten – von oben nach unten: Tiftlingerode ist auf 921 Einwohner zurückgefallen, und ein Ende der Abwärtstendenz ist nicht abzusehen. Der einst so hoffnungsfrohe Ortsbürgermeister ist seit längerem „vollkommen frustriert“.

Weil trotz alledem mehr wegziehen als herziehen, mehr sterben als gebären, sieht Goebel das idyllische Dorf „in eine lautlose Katastrophe schlittern“ – wie so viele Gegenden jottwede, die im EU-Jargon „remote rural regions“ heißen und denen aufgrund von Abwanderung und demografischer Wende der Niedergang droht. Zwar gibt es in den glänzenden Speckgürteln rund um die großen Städte eine Unzahl von Landgemeinden, die vom Zuzug profitieren (und darüber allmählich ihren dörflichen Charakter verlieren). Diese prosperierenden Zonen tragen dazu bei, dass im ländlichen

Raum, so der Landkreistag, mit seinen 23 Millionen Arbeitsplätzen 57 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung erbracht werden.

Im toten Winkel der politischen Aufmerksamkeit aber liegt der so genannte „periphere ländliche Raum“, in dem eine ganz andere Kategorie von Landgemeinden vorherrscht: Dörfer wie Tiftlingerode, in denen Post und Sparkasse, Kneipe und Lebensmittelladen längst dicht gemacht haben; das letzte Stück Infrastruktur ist mancherorts der Zigarettenautomat, als Jugendzentrum dient allenfalls eine Bushaltestelle. Und weil es dort zumeist auch an Arbeitsplätzen mangelt, wandert die Jugend, Jahrgang um Jahrgang, aus diesen Dörfern permanent ab, in die Ballungszentren.

„Geradezu dramatisch“, so eine „Raumordnungsprognose“ der Bundesregierung, vollziehe sich der Wandel im Osten, wo beispielsweise Vorpommern mit knapp 500 000 Einwohnern ohnehin nur noch 65 Prozent der Bevölkerung von 1970 zählt. Bis 2025 werde die Zahl der unter Zwanzigjährigen im Gebiet der einstigen DDR im Schnitt noch einmal „um gut ein Viertel“ abnehmen.

Ob in Ostfriesland oder in Vorpommern, ob im Harz oder im Erzgebirge, an der Saar oder im Bayrischen Wald – überall in den Winkeln der Republik hat sich die Gewissheit verdichtet: In der Raumordnungspolitik sei ein „grundlegendes Umsteuern“ vonnöten, postuliert etwa eine „Koalition für die ländlichen Räume“, die sich mit dem Segen der Evangelischen Kirche in Schleswig-Holstein gebildet hat.

Bürger zweiter Klasse

Der Verein ist Teil eines bundesweiten Netzwerks aus Landvolk und Landforschern, Landjugend und Landräten, dessen Maschen sich langsam verdichten. Das Bündnis der Randständigen widersetzt sich der vorherrschenden Lehre, Staatshilfen dürften nicht über die Fläche verteilt, sondern müssten auf metropolitane „Leuchttürme“ in so genannten „Cluster-Regionen“ konzentriert werden; im Abglanz des Glückes dieser „Wachstumskerne“, so der neoliberale Glaubenssatz, werde eines Tages sicherlich auch die Peripherie wieder erblühen.

„Die Starken stärken“ – mit diesem Slogan wurden und werden in Deutschland elf so genannte „Europäische Metropolregionen“ gezielt gefördert. Die Schwachen schwächen – so lassen sich die gern vertuschten Nebenwirkungen dieser Politik auf die Regionen am Rande beschreiben.

Zwar hat es nicht an Mahnern gemangelt, die, verstärkt seit der Jahrtausendwende, davor gewarnt haben, weite Teile der Republik, zunächst im Osten, würden sich bei einer Fort-

setzung der einseitigen Förderpolitik in einen „Ozean von Armut und Demenz“ (Süddeutsche Zeitung) verwandeln. Die Regierenden aller Couleur jedoch haben diese Konsequenzen, wie die hannoversche Akademie für Raumforschung und Landesplanung beobachtete, lange als „politisches Tabu“ behandelt und sich unverdrossen auf die Förderung der so genannten „Leuchttürme“ konzentriert. Dabei nahmen sie stillschweigend in Kauf, dass die im Grundgesetz-Artikel 72 verankerte Zielvorstellung, „gleichwertige Lebensverhältnisse“ zu schaffen, praktisch zur Makulatur verkam.

Mittlerweile jedoch, zu Beginn des dritten Jahrzehnts nach der Wiedervereinigung, ist der Leidensdruck auf dem Lande so stark geworden, dass sich auch Organisationen kritisch zu Wort melden, die weithin als unpolitisch gelten. Die „gezielte Verödung einzelner Landstriche“ kritisiert im Namen von 100 000 Aktiven beispielsweise Günther Hiestand, Vorsitzender des Bundes der Deutschen Landjugend. „Der Wunsch, auf dem Land zu leben“, dürfe nicht dazu führen, dass die Menschen dort als „Bürger zweiter Klasse“ behandelt werden. Unterstützung kommt aus der Wissenschaft. Gerade den notleidenden Regionen gebühre „der Vorrang der staatlichen Förderpolitik“, sagt der Münchner Professor Holger Magel.

Auch Magel, Akademieleiter und Bundessprecher einer Arbeitsgemeinschaft Ländlicher Raum, wirkt derzeit gemeinsam mit Pfarrern, Bankern und Bauern am Aufbau der neuen Land-Lobby mit. „Die Truppen sammeln sich“, freut sich Marcus Mempel, Fachreferent des Deutschen Landkreistages. Die Vertretung der 301 Landrätinnen und Landräte versteht sich ebenfalls als „Anwalt der strukturschwachen ländlichen Räume“. In deren Interesse betreibt der Landkreistag seit längerem eine „strategische Allianzbildung“ (Mempel), in die sich unter anderem der mächtige Deutsche Bauernverband eingereiht hat.

In der Provinz stehen Proteste gegen die Chancenungleichheit schon seit längerem auf der Agenda. Allerdings fanden solche Aktionen nur selten über die Heimatzeitung hinaus Beachtung. Lediglich die Lokalpresse berichtete etwa über die größte Demonstration, die das 5800-Einwohner-Dorf Gnarrenburg im niedersächsischen Teufelsmoor je erlebt hat: Sage und schreibe zweitausend Menschen demonstrierten dort für eine bessere medizinische Versorgung, rund fünftausend unterschrieben eine Protestresolution. Die Dörfler wollten nicht hinnehmen, dass ihre Rettungswache, die ohnehin nur werktags und nur von acht bis zwanzig Uhr besetzt ist, von den Krankenkassen bald völlig wegrationalisiert würde.

Verzweifelt protestieren Bewohner ländlicher Regionen in ganz Deutschland auch gegen die Schließung von Dorfschulen. Der Kahlschlag, dem im Osten schon rund zweitausend Schulen zum Opfer fielen, hat längst auch den Westen erreicht. Weithin vergebens argumentieren Kritiker wie der bayrische SPD-Bildungsexperte Reinhold Strobl, „Kirche,

Schule und Wirtshaus“ seien „nun mal die Fixpunkte in jeder Gemeinde“. Wer daher auf Abwanderung mit der Schließung der Grundschule reagiere, statt sie notfalls mit jahrgangsübergreifenden Klassen weiterzuführen, treffe den Lebensnerv der Dörfer und mache sie „auch für junge Familien unattraktiv, die längerfristig den Ort verlassen oder gar nicht erst zuziehen werden“.

Ebenso verheerend wie die Schulschließungen wirkt sich in den Peripherien der Mangel an schnellen Internet-Zugängen aus, der Gewerbetreibende vom Zuzug abhält und die Abwanderung der Jüngeren verstärkt. Kaum jemand weiß das besser als Bernd Rudolph, 48. Der Polizeibeamte lebt in der Nähe von Johanngeorgenstadt im Erzgebirge, das wegen



seiner Armut und seiner Abseitslage bisweilen als „Johannsibirsk im Schmerzgebirge“ verspottet wird. Hier, wo die Volksmusikgruppe „de Randfichten“ wurzelt und den „alten Holzmichel“ hochleben lässt, amtiert Rudolph als Sprecher einer bundesweiten „Initiative gegen digitale Spaltung“.

Denn nicht nur für Johanngeorgenstadt, dessen Einwohnerzahl binnen zehn Jahren von 6800 auf 5050 geschrumpft ist, gilt ein sarkastischer Spruch, den Rudolph auf seiner Website zitiert: „Hier surfen Sie langsam für viel Geld.“ Insgesamt, so die Initiative, lebten rund sechs Millionen Deutsche in „digitalen Wüsten“, deren Anschluss an das DSL-Netz von Betreibern wie der Telekom als zu teuer abgelehnt werde. Dabei sei, wie die über 200 ländlichen DSL-Initiativen postulieren, ein schneller Internet-Anschluss heute „kein Luxusgut“. Er müsse vielmehr, so wie seit langem schon der

Anspruch auf einen Telefonanschluss, als „Universaldienst“ und Teil der staatlich garantierten Daseinsvorsorge betrachtet werden.

Auch die Anhänger der Forderung nach einer DSL-Versorgung für alle beziehen sich auf die Verfassungsformel von den „gleichartigen Lebensbedingungen“. Deren Aussagekraft allerdings wird von Freunden der Metropolenförderung mehr und mehr in Zweifel gezogen. Angestoßen worden war die fatale Debatte über das Gewicht von Artikel 72 ausgerechnet von Bundespräsident Horst Köhler.

Der Ökonom hatte 2004 in einem Interview erklärt, „große Unterschiede in den Lebensverhältnissen“ habe es schon immer gegeben, um hinzu zu fügen: „Wer sie einbe-

die Globalisierung“ machen. Solche Töne haben selbst politisch eher konservative Frauenzirkel mobilisiert. So warnte der 550 000 Mitglieder starke Deutsche Landfrauenverband, der „Rückzug staatlicher Daseinsfürsorge“ auf dem Lande fördere eine „Entdemokratisierung“, die „rechtsextremen Ideologien Tür und Tor öffnet“.

Dieser Trend wird durch den Männerüberschuss (bis zu 25 Prozent) in den Abwanderungsgebieten noch verstärkt. Dort sei, bestätigt das Berlin-Institut die Befürchtungen der Landfrauen, eine „neue, von Männern dominierte Unterschicht entstanden“, deren Angehörige häufig ohne Job, ohne Partnerin und „anfällig für rechtsradikales Gedankengut sind“. Nicht zuletzt wegen der „realen rechtsextremen Bedrohung“ sei, so die Landfrauen, eine neue Politik für die Dörfer vonnöten, „die Lebens- und Bleibeperspektiven im Blick hat und die Daseinsvorsorge ernst nimmt“.

Mancherorts scheint es dafür allerdings schon zu spät. Beispiel Brandenburg: Während die Landgemeinden im Einzugsbereich der Bundeshauptstadt prosperieren, treiben die vernachlässigten Dörfer im Hinterland, etwa in der Prignitz, der Uckermark oder der Lausitz, laut Berlin-Institut in eine Situation, „für die bislang keine Lösungsansätze vorliegen“.

„Deutschland stirbt einen leisen Tod, der langsam übers Land kriecht, von Nord nach Süd, von Ost nach West“, resümiert der Autor Günther Lachmann in einem Reportageband mit dem Titel „Von Not nach Elend“ die Eindrücke, die er bei einer „Reise durch deutsche Landschaften und Geisterstädte von morgen“ gesammelt hat.

So realistisch Lachmanns Schilderungen auch sein mögen – die offiziellen Vertreter der ländlichen Räume fürchten, schrille Alarmistik könnte die vorhandenen Probleme noch verschärfen. Sie ziehen es vor, die Stärken vieler Regionen abseits der Metropolen hervorzuheben, von der Naturnähe bis zum Nachbarschaftssinn. Diese Räume dürften nicht länger als „vernachlässigbares Umland der Metropolen“ behandelt werden; sie müssten vielmehr durch eine überfällige Reform der Kommunalfinanzen gestärkt werden.

Fromme Wünsche: Wirtschaftskrise und schwarzgelbe Regierungspolitik haben eher für das Gegenteil gesorgt – für Kreise und Gemeinden werde 2010 zum „schwierigsten Jahr seit der Wiedervereinigung“, so klagten zum Jahresbeginn die kommunalen Spitzenverbände. Allmählich erst setzt sich die Einsicht durch, dass den ländlichen Zonen nicht nur im „Soli“-Osten, sondern auch im Westen Deutschlands Solidarität gebührt. Genau das fordert seit Jahren auch Gerd Goebel, der pfiffige Bürgermeister von Tiftlingerode: eine Verteilung von Fördergeldern „nicht nach Himmelsrichtung, sondern nach Bedürftigkeit“.

Wenn sich da nicht sehr bald etwas tue, fürchtet er, würden viele Menschen auf dem Lande vollends den Mut verlieren – und das Vertrauen in die Politik. Womöglich werde manch einer in Berlin den Ernst der Lage aber erst begreifen, wenn eines Tages „ganze Dörfer sagen: Wir gehen geschlossen nicht zur Wahl“. ◀



Foto: akg-images

Matthias Koeppel: Rapsfeld vor der Dorfkirche, 2005.

nen will, zementiert den Subventionsstaat.“ Die Proteste, die das Staatsoberhaupt damals auslöste, bewirkten keineswegs ein Ende der Debatte, sondern lediglich, dass die Diskussion fortan „äußerst leise“ weitergeführt wurde, wie die Duisburger Soziologie-Professorin Eva Barlösius beobachtete.

In den Bundesländern wird der wachsende Unmut auf dem Lande zunehmend zum Politikum, vor allem an den Rändern des Spektrums. Im Potsdamer Landtag machte Linken-Fraktionschefin Kerstin Kaiser Front gegen Konzepte zur „kontrollierten Verwilderung“ abgelegener Landesteile. Im sächsischen Landtag kündigte die NPD schon an, sie werde die verwahrlosten Landstriche zum „Kristallisationspunkt eines erd- und bluthaften Widerstandes gegen